

Kriegsende, Mondlandung und Homo-Ehe

Ist der Hunger auf der Welt besiegt worden? Hat Nordkorea seine Grenzen geöffnet? Sind wieder Flüchtlinge im Mittelmeer vor dem Ertrinken gerettet worden? Wurde endlich ein zuverlässiger Impfstoff gegen Ebola entdeckt? Hat der IS die Waffen niedergelegt? Ich behaupte: selbst wenn, könnte die mediale Begeisterung nicht größer sein als heute, denn – setzen Sie sich hin und halten Sie sich fest – in Irland wird die „Homo-Ehe“ zugelassen. Und nicht nur das, sondern sogar mit mehrheitlicher Zustimmung in einer Volksabstimmung. Schon schreiben erste Kommentatoren hierzulande von einem unerwarteten Erfolg in einem „erkatholischen Land“, was allerdings ein Paradoxon ist, denn wenn Irland tatsächlich „erkatholisch“ wäre, hätte es keine Mehrheit gegeben. Aber lassen wir das. Die Schlacht um die Zulassung der „Homo-Ehe“ ist geschlagen, übrigens nicht nur in Irland, sondern überall im Westen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis man auch in Deutschland irgendeinen Dreh finden wird, den das Verfassungsgericht dann salomonisch abnickt. Sei's drum. Wenn die Mehrheit das will, sollen sie es haben. Demokratie nennt man das. Was mich gerade aber sehr belustigt, ist der Medienhype, der heute Vormittag eingesetzt hat. Dieser unbeholfene und durchsichtige Versuch, ein an sich wenig bedeutendes Ereignis, wie eine Volksabstimmung in Irland, zur wichtigsten Nachricht des Tages hochzujazzen. Hauptsache, das Thema passt. Schon fünf Mal hat es in Irland den Versuch gegeben, per Volksabstimmung Abtreibungen zu legalisieren. Fünf Mal lehnten die Iren das ab. Können Sie sich erinnern, dass das mal Aufmacher in Spiegel, Welt und Süddeutscher war? Wer wissen möchte, was Medienkritiker mit „Mainstream“ bezeichnen, bekommt am heutigen Tag allerbestes Anschauungsmaterial.

Dieses Thema darf nicht einfach so wieder verschwinden

Im Berliner Landesverband der Grünen, der Alternativen Liste, hat es in den 80er und 90er Jahren eine große Zahl von Fällen sexuellen Missbrauchs an Kindern gegeben. Das sage nicht ich, sondern das dokumentiert ein Bericht, der im Auftrag der Partei erstellt und in dieser Woche veröffentlicht wurde. Das Entsetzen bei der Alternativen Liste ist groß. Landeschefin Bettina Jarasch entschuldigte sich bei den Opfern von einst und sagte: „Wir schämen uns für das institutionelle Versagen unserer Partei.“ Die Alternative Liste in Berlin habe jahrelang mindestens zwei strafrechtlich verurteilte Pädosexuelle in ihren Reihen geduldet. Zwei? Inzwischen sind weitere Details bekanntgeworden über das Millieu, in dem sich die Missbrauchsfälle ungestört entwickeln konnten. Über das Kinderladensystem, besonders eine Einrichtung in Kreuzberg wird immer wieder genannt, über die sogenannten „Stadtindianer“, die regelmäßig grüne Parteitage chaotisierten und Ausreißer beherbergten, die u. a. straffreien Sex für Minderjährige mit Erwachsenen forderten, so lange es „einvernehmlich“ geschehe. Sozialarbeiter und Erzieherinnen schauten weg oder – wenn sie doch einmal wagten, ihre Vorgesetzten zu informieren –

wurden abgebügelt. Oberstes Gebot in der Szene, so erzählte in dieser Woche eine, sei gewesen, „auf keinen Fall mit den Bullen zusammenzuarbeiten“. Das Wohl der Kinder stand hintenan.

Wie viele Opfer es insgesamt waren, ist nicht offiziell bekannt. Thomas Birk, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, sprach im März von „bis zu 1000 Opfern“ sexueller Gewalt. Am Mittwoch relativierte er, diese Zahl sei „rein spekulativ“. Aber er sagte auch: „Die Schwulen-AG unserer Partei war bis 1993 mehr oder minder ein Pädo-Bereich.“ Das sind Worte, die man erstmal sacken lassen muss. Der aktuelle Bericht kommt für die grüne Bundespartei vermutlich ungelegen, denn im November 2014 hatte sie schon einen Bericht des Parteienforschers Franz Walter vorgestellt, in dem eingeräumt wurde, dass es in den Gründerjahren der Öko-Partei politische Beschlüsse gegeben hatte, die von Pädophilen initiiert wurden. Unvergessen sind in diesem Zusammenhang auch Zitate von bekannten Politikern der Partei wie Daniel Cohn-Bendit, die er nach öffentlichen Vorwürfen als „Provokation“ und „große Dummheit“ darstellte. Er habe niemals Kinder missbraucht, verteidigte sich Cohn-Bendit, eine Aussage, die sowohl von Eltern als auch von einst von ihm betreuten Kindern öffentlich bestätigt wurde.

Was heute auffällt, ist, wie zurückhaltend die meisten der meinungsführenden Medien in Deutschland die aktuell bekanntgewordenen Vorgänge behandeln. Der Berliner „Tagesspiegel“ ist die große positive Ausnahme. Das Blatt berichtet umfangreich und journalistisch top, so, wie es diesem Skandal angemessen ist. Und das ist auch der Grund, warum ich heute über dieses Thema schreibe. Der Missbrauch von Kindern im nahen Umfeld der Berliner Grün-Alternativen darf jetzt nicht innerhalb von zwei Tagen zu einer Nebensächlichkeit auf den hinteren Seiten der Gazetten rutschen, um dann kommende Woche ganz vergessen zu werden. Nun muss die Aufklärungsarbeit erst richtig beginnen. Die Opfer müssen gefunden werden, es muss geklärt werden, in welchem sexualisierten Politikumfeld diese Taten geschehen konnten. Was ist das für eine politische Bewegung gewesen, in der die Abneigung gegen Staat und Polizei schwerer Wog als das Leid zahlreicher Kinder? Da sind noch längst nicht alle Fragen beantwortet. Da muss auch die – an den damaligen Geschehnissen gänzlich unbeteiligte – Parteispitze das Gespräch mit Opfern und Beteiligten suchen. Und ja, da muss auch das Thema Entschädigungshilfen auf den Tisch.

Sie erinnern sich, als vor fünf Jahren die schrecklichen Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche bekannt wurden? Das war Titelseiten-Thema für Wochen. Runde Tische wurden eingesetzt, Parlamente diskutierten über die Vorgänge, Papst Benedikt traf sich mit Missbrauchsoptionen. Es wurde entschuldigt, es gab Telefon-Hotlines, bei denen sich Betroffene melden konnten, und es wurden in Deutschland und weltweit erhebliche Entschädigungszahlungen für erlittenes Unrecht ausgezahlt. Immer noch ein Tropfen auf den heißen Stein, könnte man sagen. Wahrscheinlich. Wie viel Geld kann die psychischen Schäden bei Missbrauchsoptionen überhaupt wieder heilen? Niemand prügelte seinerzeit so massiv auf die Katholische Kirche als Gesamtheit ein, wie die Grünen.

Der Zölibat sei schuld, die Kirche müsse sich nun der modernen Zeit öffnen und dürfe kein abgeschotteter Männerclub mehr bleiben. Kaum ein Spitzengrüner, der seinerzeit nicht genau wusste, was die Kirche nun tun müsse. Die unnachahmliche Claudia Roth zeigte sich „erschrocken“ über die „Unfähigkeit der katholischen Kirche, mit dem Missbrauchsskandal angemessen umzugehen“. An ihren

Taten sollt Ihr sie erkennen, und an ihren Worten sollt ihr sie messen. Liebe Grüne, nun zeigt der Republik, wie man einen solchen Skandal anständig und offen bewältigt!

Noch ein Nachtrag: Nach offiziellen Statistiken werden jedes Jahr in Deutschland rund 300.000 Kinder sexuell missbraucht. Man geht von einer hohen Dunkelziffer aus. Nur ein minimaler Teil der Fälle findet in und um Parteien, Kirchen oder Vereinen statt. In über 90 Prozent der Fälle stammen die Täter aus der eigenen Familie oder dem Verwandten- und Bekanntenkreis.

Warum verdient man mehr, wenn man streikt, als wenn man arbeitet?

Nun wird also geschlichtet. Die GdL hat ihren Streik, den neunten in der aktuellen Auseinandersetzung, beendet. Wieviel Schaden sie für Kassen und Ansehen der Bahn hinterlassen hat, kann noch nicht abschließend beurteilt werden. Aber festzustellen bleibt: Herr Weselsky und seine Kleingewerkschaft haben ihr Ziel erreicht. Die GdL bekommt eine Extrawurst, sie entscheidet unabhängig, ob sie Tarifvereinbarungen zwischen Bahn und der weitaus größeren Gewerkschaft EVG akzeptiert...oder eben nicht. Darum ging es, alles andere war nur lautstarke Begleit-Tamtam. Und als Freund freier Gewerkschaften stellt sich mir schon die Frage, ob das Streikrecht, das einstmals geschaffen wurde, um den Arbeitnehmerorganisationen eine starke Waffe gegen die Arbeitgeber bei Tarifaueinandersetzen in die Hand zu geben, für so eine Auseinandersetzung zwischen zwei Gewerkschaften ein akzeptables Mittel sein darf. Was die GdL vorgemacht hat, könnte ja durchaus auch ein Beispiel geben, wie sich zukünftig auch andere kleine Gewerkschaften in Szene setzen könnten. Ist das wirklich im Sinne der Arbeitgeber? Oder würde eine solche Entwicklung den florierenden Wirtschaftsstandort Deutschland irgendwann belasten, ja schädigen? Ich kann mich noch daran erinnern, wie in den 80er Jahren eine Vielzahl von Kleingewerkschaften die Wirtschaft in Großbritannien lähmte. Irgendwer streikte in den großen Firmen immer. Ein unhaltbarer Zustand, den dann Margret Thatcher mit Brachialgewalt beendete, was ihr den Titel „Eiserne Lady“ einbrachte.

Nun wird analysiert und kommentiert, und wir alle werden sehen, wie sich die Dinge weiterentwickeln. Aber ich möchte noch einen eigenen zaghaften Einwurf wagen. Ein Freund, der sich mit Arbeitsrecht viel besser auskennt als ich, macht mich gestern darauf aufmerksam, dass Streikgeld nicht versteuert werden muss und auch nicht zu den Sozialabgaben herangezogen wird. Ich konnte das erst gar nicht glauben. Streikgeld – das ist, was die Gewerkschaften ihren Mitgliedern als Ersatz für Gehaltsausfälle während eines Streiks zahlen. Bei der GdL waren es zuletzt 100 Euro am Tag. Netto. Das schafft die absurde Situation, dass ein streikender Lokführer mehr Geld auf die Hand bekommt, wenn er mit einem Fähnchen vor dem Bahnhof steht, als wenn er einen Zug bewegt. Ich habe das dann mal nachgeblättert und tatsächlich: Der Bundesfinanzhof hat am 24. Oktober 1990 entschieden, dass

„Streikunterstützungen“ keine Lohnersatzleistungen sind und ergo weder der Einkommensteuer noch dem sogenannten Progressionsvorbehalt unterliegen. Und sozialversicherungspflichtig sind sie auch nicht. Verstehen Sie das? Ich nicht. Schon gar nicht in einem Land, in dem Teile der Politik – Beispiel Erbschaftssteuer – sonst auch mit Doppelbelastungen beim Steuerkassieren nicht zimperlich sind.

Die Dokumentation eines bemerkenswerten Vorgangs

Nachfolgende aktuelle Begebenheit aus dem deutschen Alltag schildere ich mal wertfrei und unkommentiert. Machen Sie sich selbst ein Bild....

Am vergangenen Sonntag erschien in der Zeitung „OWL am Sonntag“, die zum Bielefelder Westfalen-Blatt gehört, eine Kolumne der Diplom-Psychologin Barbara Eggert. Unter der Überschrift „Unsere Töchter schützen“ beantwortete Frau Eggert die Frage eines Lesers namens Bernhard:

„Unsere Töchter sind acht und sechs Jahre alt. Mein Bruder wird demnächst seinen Freund heiraten und möchte, dass unsere Mädchen Blümchen streuen. Meine Frau und ich haben unseren Kindern beigebracht, dass die Ehe eine ernste Entscheidung zwischen Mann und Frau ist. Mein Bruder und sein Freund sind wunderbare Menschen, aber eine Ehe finde ich unpassend. Ich will nicht, dass unsere Töchter sich in ihrem Alter mit dem Thema der sexuellen Orientierung befassen.“

Die (verkürzte) Antwort der Diplom-Psychologin:

„Aber bei allem Respekt, es muss nicht sein, sechs- und achtjährige Kinder einzuladen. Ich gebe Ihnen recht, ihre Töchter würden durcheinander gebracht und können die Situation Erwachsener nicht richtig einschätzen. Sagen Sie Ihrem Bruder, dass Ihre Kinder an der Feier nicht teilnehmen, weil sie nicht möchten, dass die Kinder verwirrt werden.“

In den sozialen Netzwerken erhob sich unmittelbar nach der Veröffentlichung ein sogenannter „Shitstorm“, wütende Protestmails erreichten die Redaktion, die sich sogleich entschuldigte für mögliche Verletzung von Gefühlen und versicherte, man habe überhaupt nichts gegen Homosexuelle. Auch Frau Eggert ruderte erschrocken zurück und teilte in der Zeitung mit:

„Hier geht es nicht um meine Weltanschauung oder einen gesellschaftlichen Konflikt, sondern um ein ganz privates, nicht repräsentatives Problem eines verunsicherten Vaters. Ich habe ihm geschrieben, dass seine Kinder vielleicht nicht liberal genug erzogen wurden....“

Inzwischen hat sich die Redaktionsleitung des Westfalen-Blattes ein weiteres Mal distanziert und teilt mit:

„Frau Eggert wird fortan nicht mehr für uns schreiben, wir werden ihre Kolumne beenden.“

So weit zum Vorgang.

Nur zur Klarstellung möchte ich noch sagen: Dies ist kein Beitrag über Homosexualität oder die Ehe. Dies ist ein Beitrag über Political Correctness und Meinungsfreiheit.

In Passau hat sich's ausgefensterlt

Die Sportstudenten an der Uni Passau veranstalten alljährlich eine große Gaudi. Gesucht wird der „Fensterl-König“, also ein junger Mann, der überzeugend und alten bayerischen Traditionen folgend, einen Weg an der Hauswand hoch ins Kämmerlein der Liebsten bewältigt (natürlich mit deren Einverständnis). Ein großer Spaß – wenn man Humor hat. Der geht allerdings der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule offenbar völlig ab. Sie ließ die Veranstalter nun wissen, dass mit dieser Gaudi „Frauen zum Objekt“ degradiert würden. Deshalb musste die Veranstaltung abgesagt werden, weil sie nicht auf universitärem Grund und Boden stattfinden darf.

Diese neueste Posse des allgegenwärtigen Gender-Wachpersonals ist atemberaubend. Die Publizistin Birgit Kelle, wie Sie wissen, mit mir auch ohne Fensterln verheiratet, hat dazu eine überaus launige Betrachtung geschrieben, die ich Ihnen [an dieser Stelle](#) zur Lektüre empfehle.

Ein Frischgezapftes auf dem Weg zum Gesangbuchständer

Die Präses_ In der Evangelischen Kirche in Westfalen, Annette Kurschus, überraschte heute wieder mit einem genialen Gedanken. Da viele Leute sonntags gerne ausschlafen, könnte man doch die Gottesdienste erst einige Stunden später veranstalten. Sie bezog sich damit auf eine Studie des Religionssoziologen Detlef Pollack von der Universität Münster. Der hat einen schleichenden Bedeutungsverlust der Kirchen festgestellt. Der Rückgang der Gottesdienstbesucher sei keine Folge schlechter Predigten, sondern viele Leute wollten lieber ausschlafen oder Zeit mit der Familie verbringen oder zum Fußball gehen. Nun sind Fußballspiele ja in der Regel nachmittags – geht also eigentlich auch nicht. Man könnte abends zum Gottesdienst einladen, aber da läuft der „Tatort“. Kein einfaches Geschäft. Mir fallen noch weitere Innovationen ein, wie sich die Kirche an die Freizeitgewohnheiten der Menschen

anpassen könnte. Vielleicht könnte man auf Bildschirmen während des Gottesdienstes Fußballübertragungen zeigen, ohne Ton natürlich. Und viele junge Menschen trinken am Wochenende gern mal ein Bier. Vielleicht würde es helfen, an der Kirchentür ein Fässchen aufzubauen und Frischgezapftes auf dem Weg zum Gesangbuchständer zu reichen. Der Anpassung nach unten sind heutzutage keine Grenzen mehr gesetzt....

Wer die Ärmel hochkrempelt, ist hierzulande der Doofe

Der Bund der Steuerzahler **fragt dieser Tage** zurecht: Warum erheben eigentlich Städte Gebühren, wenn Wirte vor ihren Gaststätten eine Außengastronomie betreiben, was ja ohnehin nur reglementiert möglich ist? Sie investieren, machen den Laden attraktiver und finden so mehr Kunden. Die sorgen für höhere Einnahmen, von denen der Staat ja durch Steuereinnahmen mittelbar auch profitiert. Viel wichtiger aber: viele Innenstädte in Deutschland veröden, weil die Leute zum Einkaufen lieber „auf die grüne Wiese“ fahren, also an den Stadtrand, wo die Großhändler und ausreichend Parkplätze sind. Wenn also Wirte etwas unternehmen, um wieder Menschen in die City zu locken, müssten sie eigentlich eine Belobigung vom Bürgermeister erhalten, ganz sicher aber nicht mit zusätzlichen Gebühren belastet werden. Doch ich nehme an, solches Denken ist dem Staat fremd.

Grenzen zu für Peter Singer!

Der australische Philosoph und Bioethiker Peter Singer soll am 26. Mai in Berlin einen Preis bekommen. Singer will Tiere schützen, und er fordert die Zuerkennung von Menschenrechten für Affen. Vor allem aber vertritt er auch öffentlich seine Ansicht, dass man schwerstbehinderte Babys bis vier Wochen nach ihrer Geburt noch töten dürfen sollte. Sie seien keine „Personen“ und hätten noch keine Selbstwahrnehmung. Nun, Singer hat bisher nicht konkretisiert, wie er sich das genau vorstellt – Giftspritze, elektrisches Wochenbett oder Schwert – aber er ist lebendiges Beispiel dafür, wie sich die Dinge entwickeln, wenn menschliches Leben unter Umständen zur Disposition gestellt wird. Wir erleben das ja bei vielen Problematiken aus dem Bereich des Lebensrechts. Abtreibung? Ja, aber nur in schlimmen Notfällen. Was ist inzwischen daraus geworden? Genetische Manipulationen? Ist ja nur, um Kranke zu heilen, nicht zum Klonen. Wie weit sind wir inzwischen? Sterbehilfe? Opa wollte das eigentlich so, er konnte es nur nicht mehr formulieren. Es geht immer weiter. Kennen Sie die Geschichte von der Büchse der Pandora aus der griechischen Mythologie? Als sie geöffnet wurde, kam soll das Böse in die Welt gekommen sein. Ich meine, wenn es um das Recht auf Leben geht, sollten keine Büchsen geöffnet

werden. Deshalb bin ich auch gegen die Todesstrafe. Menschen sollten nicht darüber entscheiden dürfen, ob andere Menschen leben. Sonst bringt irgendwann jemand die dann logische Frage auf die Agenda, warum ein unschuldiges, behindertes Kind getötet werden darf, ein überführter Kindermörder aber nicht. Und Peter Singer? Wenn international bekannte Rechtsradikale nach Deutschland einreisen wollen, weist man sie an unseren Grenzen ab. Wenn Terrorverdächtige einreisen wollen, weist man sie ab. Ich meine, man sollte auch die menschenverachtenden Vordenker der Kultur des Todes nicht nach Deutschland einreisen lassen.

Wer für mich sprechen will, sollte mich auch mal fragen, was ich denke

Vor fast 30 Jahren bin ich, nach längerer Zeit des Lernens und Überlegens, zur katholischen Kirche konvertiert. Damals habe ich angenommen, einer Kirche anzugehören, die sich an der Bibel und ihrer Auslegung durch geistliche Schriftgelehrte orientiert. Ich habe damals auf das gehört, was unser Gemeindepfarrer sonntags predigte. Und ich habe oft nach Rom geschaut und gehört, was Papst Johannes Paul II lehrte, den ich bis heute tief verehere. Leider habe ich damals zu wenig beachtet, dass es auch das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK) gibt. Allein der Begriff „Zentralkomitee“ löst in mir eine historisch verursachte instinktive Abneigung aus. Das, was dort allerdings ohne jede demokratische Legitimation unter dem Firmenschild „katholisch“ veranstaltet wird, ärgert mich noch mehr. Das ZdK will ja nach eigener Definition „die Anliegen der Katholiken in der Öffentlichkeit“ vertreten. Ich bin katholisch, ich habe das ZdK nicht darum gebeten, meine Anliegen zu vertreten, und ich kenne viele Katholiken, denen es lieber wäre, es gäbe überhaupt kein ZdK, sondern eine Kirche, die sich ausschließlich an Bibel und Auslegung durch die Kleriker orientiert. Das muss nicht heißen, dass man kritiklos alles schluckt. Schon heute gibt es eine Mehrheit der Gläubigen, die zum Beispiel die Sexualmoral der Kirche schlicht ignoriert, muss jeder selbst wissen, was er tut. Aber es gibt eine Klarheit im Glauben, dem sich – das nur zur Erinnerung – ja niemand anschließen muss. Schon heute stelle ich fest, dass Kritiker des Zölibats fast ausschließlich Menschen sind, die nie im Leben auf den Gedanken kommen würden, selbst einer Berufung zum Priester zu folgen. Und ich behaupte, dass der kirchliche Segen für eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft auch den meisten im Grunde egal ist, die laustark danach rufen. Es geht darum, zu provozieren und die Kirche vorzuführen. Ein Laien-Gremium, wie ich es mir vorstelle, sollte sich dabei vor seine Kirche stellen und ihre Positionen in der modernen Gesellschaft verteidigen. Doch so versteht sich das ZdK nicht. Es beschäftigt sich stattdessen auf seiner jüngsten Frühjahrsvollversammlung mit so wichtigen Themen wie dem Klimaschutzabkommen, gerade so, als gäbe es ein katholisches Weltklima. Und es hat – natürlich – ganz eigene Vorstellungen, was die katholische Kirche in Sachen Ehe und Familie tun sollte, nämlich – Sie ahnen es – sich an den modernen Zeiten zu orientieren. Klar, ein paar Sätze in der Stellungnahme zur Familiensynode im Oktober preisen die sakramentale Ehe, bevor es dann zur geforderten Segnung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften

und zu einer Neubewertung des Umgangs mit geschiedenen Wiederverheirateten kommt. Entscheiden in der deutschen katholischen Kirche nicht mehr die Priester, wen sie segnen wollen, sondern ein Zentralkomitee, das durch nichts eine Legitimation hat, für die Katholiken zu sprechen?

Dankenswerter Weise wagte es mit Bischof Stefan Oster aus Passau wenigstens einer aus der offenbar von Medien und den eigenen Laien mächtig eingeschüchterten Bischofskonferenz, den ZdK-Forderungen klar und unmissverständlich entgegenzutreten. Das ZdK, so schrieb er, lasse „wesentliche Aspekte des biblischen Menschenbildes“ hinter sich. In der Tat, und das unter dem Titel „katholisch“ und finanziert aus Kirchensteuermitteln. Grundsätzlich frage ich mich ja immer wieder, warum die Katholiken, die mit der Lehre nicht mehr zurechtkommen, nicht einfach zur evangelischen Kirche wechseln. Ich meine, wir Christen glauben an denselben Gott, doch unsere Kirchen legen die Lehre Jesu unterschiedlich aus. Alles, was ZdK und Linkskatholiken fordern, gibt es in der EKD reichlich: Frauen als Priester, die Segnung von allerlei Partnerschaften, die Freiheit der Geistlichen, eine Ehe zu schließen. Alles vorhanden, und ein Übertritt von der katholischen zur evangelischen Kirche ist völlig unkompliziert. Warum also packen diese Leute nicht einfach ihre Sachen und wechseln, statt diejenigen Katholiken, die zufrieden mit ihrer Kirche sind, ständig zwangsbeglücken zu wollen?

Von mir aus könnte man das ZdK dicht machen. Würde es morgen geschehen, bin ich nicht einmal sicher, ob ich es bemerken würde. Aber wenn es unbedingt ein Laiengremium geben soll, das auch in meinem Namen spricht und von meinem Geld finanziert wird, dann würde ich gern Einfluss auf seine Zusammensetzung nehmen. Durch eine ganz altmodische, demokratische Wahl zum Beispiel.

Zum gleichen Thema sind in den vergangenen Tagen auch andere äußerst lesenswerte Beiträge erschienen. Ich möchte meinen am Thema interessierten Lesern zwei zur Lektüre empfehlen, nämlich von den überaus meinungsstarken katholischen Bloggern [Felix Honekamp](#) und [Peter Winnemöller](#).

Die Polizei soll tragen, was sie will

In Schweden dürfen Polizisten neuerdings Turban, Kopftuch und jüdische Kippa als Teil ihrer Uniform tragen – ein Signal für ethnische Vielfalt, wie es zur Begründung heißt. Klar, dass da eine Reaktion der deutschen Grün_Innen nicht lange auf sich warten ließ. Die grüne Europapolitikerin Angelika Beer etwa sagte: „Jeder sollte frei sein, zu tragen, was er will. Eine Polizistin mit Kopftuch ist genauso ernst zu nehmen wie eine Lehrerin mit Kopftuch.“ Jeder sollte also frei sein, zu tragen, was er will? Dann schlage ich vor, den bayerischen Polizisten ab sofort das Tragen von Lederhosen im Dienst zu erlauben. Polizisten in Gelsenkirchen sollten beim Einsatz ihre Schalke-Trikots überstreifen dürfen, und im Norden dürfen Polizisten im Kapitän-Blaubär-Ringelpullover ausrücken. Der Irrsinn in diesem Land wird immer greifbarer, und man fragt sich langsam, was für Personal wir in die Parlamente wählen. Noch einmal zur Erinnerung: In Klassenzimmern und Amtsstuben werden Kreuze von den Wänden abgehängt, St.-Martins-Umzüge werden zu Lulli-Lichterfesten umgewidmet und Weihnachtsmärkte zu Winterfesten erklärt.

Alles, um die Religion weiter an den Rand unserer Gesellschaft zu drängen. Und aus den gleichen Parteien, die diese Entwicklung nach Kräften fördern, ist man bereit, jedes religiöse Zugeständnis zu machen, sofern es nur nicht gegenüber der christlichen Mehrheitsreligion in Deutschland ist.